

Modelle für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) I

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Existenzgeld SD BAG SHI 2008	alle in D Lebenden	1.060 Euro, kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE kein Einkommen Warenkorb	873 Mrd. Euro 50% des Nettoeinkommens plus Änderungen bei ErbSt, EnergieSt, KapSt, Zinsertrags-, Kapitalexpertsteuer; nur noch eine Est-klasse	gesonderter BGE-Fonds, Finanzamt	z. B. für Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke	BGE ersetzt alle Grundsicherungen, BAföG, Kinder-/Wohn-/Erziehungsgeld	bleiben alle in bestehender Form erhalten	ausbauen, demokratisieren, gebührenfrei	gesetzlicher ML, AZV	demokratische Aneignung der Produktions- und Lebensbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit, BGE als Globales Soziales Recht	starke Umverteilung von oben nach unten, 2/3 werden besser gestellt; eingebunden in emanzipatorische/transformativische Perspektive
Grundeinkommen NES Robert Carls 2016	alle, die in D ihre alleinige Wohnung oder ihren Hauptwohnsitz haben	1.110 Euro, 500 Euro bis 18 J., kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE keine Einkommen keine Angabe	63 Mrd. Euro 62,5% flat tax – neue ESt., nur noch eine ESt.-Steuerklasse, Wegfall Freibeträge und Werbungskosten bis Höhe Grundeinkommen	Finanzamt	z. B. für Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Wohngeld	ersetzt alle Grundsicherungen, Kindergeld, Elterngeld, Bundeszuschuss Rente	werden bis auf UV abgeschafft, KV/PV steuerfinanziert	keine Angaben	keine Angaben zu ML und AZV, steuerfinanzierte Arbeitsförderung	keine Angaben	starke Umverteilung von oben nach unten, Besserstellung unterer/mittlerer Einkommen bis 5.600 Euro brutto, 80% der Bevölkerung gewinnt, Steuer- und Abgabentlastung 72 Mrd. Euro, Finanzreserve 71 Mrd. Euro
Grundeinkommen SD Matthias Dilthey 2008	alle in D mit legalem Aufenthaltsstatus, andere analog alter Sozialhilfe (BSHG)	1.100 Euro ab 18, altersgestaffelt bis 18 J. (Durchschnitt 500 Euro), plus KV-/PV-Beiträge 60% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoeinkommens	ca. 800 Mrd. Euro neue SozialUSt, neue ESt auf höhere Einkommen (50% flat tax ab Bruttoeinkommen in 5-fünffacher BGE-Höhe inkl. BGE), KapitalUSt auf Finanzprodukte	gesonderter Fonds	für besondere Lebenslagen, analog alter Sozialhilfe (BSHG)	ersetzt alle steuerfinanzierten Sozialleistungen	werden abgeschafft, KV/PV für alle steuerfinanziert	ausbauen, gebührenfreie Bildung	kein ML, keine AZV, kein Tariflohn, sollte BGE gleichen Lohn für gleiche Arbeit nicht durchsetzen, dann kollektivrechtliche Regelungen	keine Angaben	

Modelle für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) II

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Emanzipatorisches Grundeinkommen SD/NES BAG Grundeinkommen DIE LINKE 2014	alle mit Erstwohnsitz in D	1.080 Euro ab 16 J., 540 Euro bis 16 J., kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE kein Einkommen 50% des Volkseinkommens, Armutrisikogrenze	863 Mrd. Euro (SD) 447-467 Mrd. Euro (NES) 33,5% Abgabe auf alle Bruttoprimäreinkommen, Sachkapital-, Primärenergie-, Luxusgüterumsatzabgabe, nur noch eine ESt-Klasse, Senkung Eingangs-/Spitzensteuersatz	demokratisch selbstverwalteter BGE-Fonds	z. B. für Schwangere, Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, modifiziertes Wohngeld (individuell, Bruttowarmmiete)	BGE ersetzt alle Grundsicherungen, BAföG, Kindergeld	RV/KV/PV wird paritätische Bürgerversicherung, ALV wird paritätische Erwerbslosenversicherung, BGE als Sockelrente, Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze, geringere Beiträge	ausbauen, demokratisieren, tendenziell gebührenfrei	gesetzlicher ML und AZV, Arbeitsmarktfonds, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, Verbot Leiharbeit	demokratische Aneignung der Produktions- und Lebensbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit, ökologischer Umbau, BGE als Globales Soziales Recht	starke Umverteilung von oben nach unten, Besserstellung unterer/mittlerer Einkommen bis 7.000 Euro brutto; 97% d. Beschäftigten/alle Erwerbslosen gewinnen; eingebunden in emanzipatorische/transformativische Perspektive
Solidarisches Grundeinkommen NES Johannes Israel/Frank Mai u. a. (Mitglieder der Piratenpartei D) 2012	alle, die ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen und rechtmäßigen Aufenthalt in D haben	540 Euro plus Wohnkostenpauschale 360 Euro, also 900 Euro; kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE kein Einkommen keine Angaben	566 Milliarden Euro (als SD gerechnet) 50% flat tax - neue ESt, 15% Zusatz-ESt bei Bezug der Wohnkostenpauschale	Finanzamt	z. B. für Pflegebedürftige, Erwerbsunfähige, Menschen mit Behinderung, Wohngeld	ersetzt Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld, Erziehungs- und Elterngeld, Familienzuschläge und Beihilfen im öffentlichen Dienst	RV wird in paritätisch finanzierte Zusatzrentenpflichtversicherung (Bürgerversicherung) umgewandelt, KV/PV wird über ESt finanziert, ALV wird abgeschafft	im Parteiprogramm Forderung nach gebührenfreier Bildung, außerdem fordern einige Landesprogramme/Positionspapiere fahrscheinlosen ÖPNV, Ausbau Freifunknetze, öffentliches WLAN flächendeckend	gesetzlicher ML		mögliche, nicht bedürftigkeitsgeprüfte Wohnkostenpauschale (auf Antrag) gilt für eine Wohnung ab 40 qm, unabhängig davon, wie viele darin wohnen.
Solidarisches Grundeinkommen NES SPD Rhein-Erft 2010	alle, die in D eine Mindestdauer ihren legalen Wohnsitz haben	800 Euro ab 18 J., 500 Euro bis 18 J., kostenfreie KV/PV wenn außer BGE keine Einkommen oberhalb Armutrisikogrenze (derzeit über 1.100 Euro)	731 Mrd. Euro (gerechnet als SD) 50% flat tax - neue Est	keine Angaben	z. B. für Menschen mit Behinderung und im Bereich Kinder- und Jugendhilfe	BGE ersetzt alle Grundsicherungen, BAföG und Kindergeld	RV (evtl.)/KV/PV werden zur paritätischen Bürgerversicherung, KV/PV-Beiträge für BGE-Beziehende steuerfinanziert, senken bei Erwerb die erwerbsabhängigen Beiträge	Bildungsstruktur ausbauen, Bildung gebührenfrei, Verkehrsinfrastruktur ausbauen	ML	angestrebt wird eine freie Tätigkeitsgesellschaft	

Eckpunkte für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) I

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Grundeinkommen SD oder NES Attac, AG Genug für alle 2010/2012	alle in D Lebenden	mind. Pfändungsfreigrenze (derzeit rund 1.140 Euro)	keine Angaben Börsumsatz-/Umweltsteuern, Abgaben auf höhere Einkommen, Vermögen, Gewinne, perspektivisch im Rahmen der Bürgerversicherung finanziert	perspektivisch in selbstverwalteter Bürgerversicherung integriert	in besonderen Lebenslagen (z. B. Menschen mit Behinderung, Ältere) gebührenfreie Dienstleistungen	keine Angaben	RV/KV/PV werden paritätische Bürgerversicherung	ausbauen, demokratisieren, gebührenfrei	gesetzlicher ML, AZV, aktive Arbeitsmarktpolitik	Kritik an der Arbeitsvergesellschaftung, Aneignung der Produktionsbedingungen und öffentlichen Güter, BGE als Globales Soziales Recht	BGE wird als Teil der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur verstanden; eingebunden in emanzipatorische/transformativische Perspektive
Grundeinkommen SD (substitutiv) Götz Werner u.a. 2010/2017	keine bzw. unterschiedliche Angaben (mindestens StaatsbürgerInnen), evtl. Staffelung der Höhe nach Aufenthaltsdauer bei NichtstaatsbürgerInnen	verschiedene Angaben: 600 bis 1.500 Euro ab 18 J., 300 Euro (bzw. halbes BGE) bis 18 J., bei niedrigem Einstieg KV/ PV gesondert, bei höherem BGE: keine Angaben über KV/PV, wenn außer BGE keine Einkommen keine Angaben	keine Angaben Konsumsteuer (Abschaffung aller anderen Steuern bzw. deren schrittweise Senkung, neuerdings auch Einführung einer FtSt.)	keine Angaben	Sonderbedarfe werden auf Antrag erstattet	schrittweise Ersetzung bis zu endgültiger Abschaffung, wenn BGE erreicht ist. (BGE ist substitutiv)	schrittweise Ersetzung bis zu endgültiger Abschaffung bei voller/ausreichender Höhe des BGE (substitutiv)	werden beibehalten, Lohnkosten werden gesenkt (BGE substitutiv)	ML u. a. kollektivrechtliche Regelungen möglich	Reform der Ressourcennutzung, Geldordnung und des Privat-/Produktiveigentums (Trennung des Privateigentums vom privaten Produktiveigentum sowie von Gewinnen aus Produktion und Spekulation, neuerdings: demokratische Regulierung Finanzmarkt)	einziges substitutives BGE-Modell: BGE ersetzt alle anderen Transfers sowie Löhne; Vermögens- bzw. Machtkonzentration (keine Substanzsteuern wie VSt. oder ErbSt, keine Ertragsteuern wie ESt bzw. Gewinnsteuern)
Grünes Grundeinkommen SD oder NES (Wahl) Grüne Jugend 2008/2012	alle, die ihren Erstwohnsitz in D haben oder sich im Verfahren zur Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung befinden	keine Angaben, alle die gleiche Höhe; kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE keine Einkommen mglw. Warenkorb, soziokulturelle Teilhabe soll gesichert sein	keine Angaben Konsum-, progressive ESt, VSt, ErbSt, Schenkungsbesteuerung	keine Angaben	für bestimmte Personengruppen (z. B. für Alleinerziehende, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung)	ersetzt alle steuerfinanzierten Sozialleistungen bis zu dessen Höhe	RV-/ALV-Leistungen durch BGE gesockelt; KV/PV wird Bürgerversicherung	ausbauen, gebührenfreie Bildung für gesamten Lebensweg	ML, aktive Arbeitsmarktpolitik	Geschlechtergerechtigkeit, ökologischer Umbau, durch Steuerlenkung befördert, BGE global ausweiten	Konsumsteuer mit ökologischer Lenkung (Einpreisung von CO ₂ -Ausstoß und Ressourcenverbrauch), Umverteilung von oben nach unten und von Nord nach Süd

Eckpunkte für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) II

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksich- tigung von Sonderbe- darfen (steuer- finanziert)	andere steuer- finanzierte Sozialtrans- fers ⁴	Sozialver- sicherungen ⁵	öffentliche In- frastrukturen/ Dienstleis- tungen ⁶	Arbeits- marktpolitik ⁷	weitere gesell- schaftspoliti- sche Ansätze	Bemerkungen
Grundeinkommen NES Deutscher Bundesjugendring 2004	keine Angaben	Höhe oberhalb von 60% des durchschnittlichen Markteinkommens	keine Angaben Finanzierung durch gerechtere Steuerpolitik und Unternehmensgewinne	keine Angaben	keine Angaben	ersetzt Kindergeld und alle Grundsicherungen	bleiben erhalten wie bisher	Ausbau, gebührenfreie Bildung	ML, AZV	Geschlechtergerechtigkeit, umfangreiches Antidiskriminierungsgesetz, Umverteilung von oben nach unten	
Grundeinkommen SD Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt 2008	alle dauerhaft in D Lebenden	keine Angaben, keine Altersstaffelung (vom Anspruch, aber: ein Teil bei Kindern/Jugendlichen in Fonds eingezahlt, bei Volljährigkeit als Startkapital ausgezahlt) keine Angaben	keine Angaben über eine Umverteilung von oben nach unten (deswegen u. a. Vermögen- und Reichensteuer diskutiert)	keine Angaben	für bestimmte Personengruppen	ersetzt Grundversicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld, Wohngeld, BAföG	keine Angaben, ALV abschaffen	Ausbauen	ML, AZV	Geschlechtergerechtigkeit	
Grundeinkommen SD Naturfreundejugend 2009	alle dauerhaft in D Lebenden	800 (bis 1.000) Euro, zusätzlich gesicherte Gesundheitsversorgung Ermittlung durch unabhängige ExpertInnen	keine Angaben z. B. mit einer 60% flat tax – neue ESt	keine Angaben	z. B. für SeniorInnen, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderung	ersetzt z. B. Kinder-/Erziehungsgeld	RV und ALV abschaffen	gebührenfreie soziale Infrastruktur	keine Angaben	Grundeinkommen global angestrebt	
Transfergrenzenmodell – Ulmer Modell SD Ute Fischer, Helmut Pelzer, Peter Scharl u. a. 2008	alle StaatsbürgerInnen, dauerhaft in D lebende EU-BürgerInnen bzw. bzgl. Transfers gleichgestellte MigrantInnen; andere: Asylbewerberleistungen gemäß BSHG	keine Angaben, Betrag wird aus Berechnungsmodell erschlossen Orientierung am Steuerfreibetrag, der politisch entschieden wird	keine Angaben, Kosten variieren je nach gewählten Berechnungsmodell Sozialabgabe auf alle Bruttoeinkommen (inkl. SV-Leistungen), ergibt sich aus gewünschter Höhe und Transfergrenze, auch Erhöhung der MwSt möglich.	Finanzamt (gesonderte Kasse), keine weiteren Angaben	für bestimmte Personengruppen	keine Angaben, politische Entscheidungen	bleiben bestehen, können aber verändert werden (z. B. Höhe und Beiträge)	keine Angaben, unterliegt politischer Entscheidung	keine Angaben, unterliegt politischer Entscheidung		kann auch PGE sein, reines Berechnungsmodell; konkrete Ausgestaltung ist politisch zu entscheiden; Transfergrenze ist die Grenze, ab der Transferbeziehern mehr Abgaben zur Finanzierung GE zahlt als sie GE erhält.

Eckpunkte für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) III

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksich- tigung von Sonderbe- darfen (steuer- finanziert)	andere steuer- finanzierte Sozialtrans- fers ⁴	Sozialver- sicherungen ⁵	öffentliche In- frastrukturen/ Dienstleis- tungen ⁶	Arbeits- marktpolitik ⁷	weitere gesell- schaftspoliti- sche Ansätze	Bemerkungen
Grundeinkommen NES Thomas Straubhaar 2017	alle Staatsbür- gerInnen, für AusländerInnen nach Wartezeit	Rechenbeispiele für 600 Euro bis 2.000 Euro (1.000 Euro "plausibel"), plus Grundver- sicherung, Gut- schein oder kos- tenfreie Absiche- rung bei Krank- heit/Unfall, politische Ent- scheidung	je nach Höhe unter- schiedlich neue ESt (flat tax)	Finanzamt, keine weiteren Anga- ben	bei individu- ellen Härte- fällen	ersetzt alle steuerfinanzier- ten Transfer- leistungen	werden ab- geschafft, KV und UV steuer- finanziert	Erhalt, keine weiteren Angaben	Abschaffung Mindestlohn und bestehen- der Kündi- gungsschutz		kann BGE aber auch PGE sein, Abbau sozialer Rechte, Beför- derung prekärer Arbeitsverhält- nisse

Modelle für ein partielles Grundeinkommen (PGE) I

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/ Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Garantiertes Grundeinkommen SD Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) 2007/11	StaatsbürgerInnen mit Wohnsitz in D, Zugezogene nach 5 Jahren Wartezeit	80% der Höhe der Armutsrisikogrenze (gemäß SOEP), 50% bis 18 J., kostenfreie KV/PV, wenn außer BGE kein Einkommen Armutsrisikogrenze für alleinstehende Erwachsene gemäß SOEP (SOEP 2014 = 1.056 Euro)	keine aktuellen Angaben ESt-Höchststeuersatz 53% ab 100.000 Euro Jahreseinkommen, VSt, Verschärfung der ErbSt und Schenkungssteuer, Reduktion von Steuerhinterziehung/-vermeidung, FtSt, höhere Steuereinnahmen wg. erhöhter Kaufkraft, Erhöhung einiger Verbrauchsteuern	Finanzamt, keine weiteren Angaben	in bestimmten Lebenslagen (z. B. Alleinerziehende, Diabetiker, Schwangere) PGE-Zuschuss von 30% der Höhe der Armutsrisikogrenze	ersetzt alle Grundsicherungen, BAföG, Kindergeld	RV/KV/PV werden paritätische Bürgerversicherungen, bei den Renten bildet das PGE den Grundsockel	gebührenfreier Zugang zu Bildung und Bibliotheken, Ausbau der Bildungsinfrastruktur, gebührenfreie Bildungskette von jung bis alt	ML, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor	Ziel: Tätigkeitsgesellschaft	GE der Alleinstehenden liegt unterhalb der Armutsrisikogrenze, Mehrpersonenhaushalte erreichen mehr als die haushaltspezifische Armutsrisikogrenze
NES Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) 2003/07	alle, die seit Geburt oder seit 8 Jahren ihren Wohnsitz in D haben, vor Rente mind. 20 Jahre, Asylberechtigte/-bewerberInnen	mind. 800 Euro, keine Angaben zu KV/PV keine Angaben	keine Angaben veränderte ESt (bis zur Transfergrenze - 2.000 Euro - Anrechnung 40% der Einkommen, darüber schrittweise Erhöhung auf 53%), VSt auf OECD-Niveau, erhöhte ErbSt., Luxusgüterumsatzsteuer, schrittweise erhöhte Ökosteuer auf Ressourcenverbrauch/ Umweltbelastung, evtl. Devisen-/Börsenumsatzsteuer, Wertschöpfungsabgabe	Finanzamt, keine weiteren Angaben	keine Angaben	keine Angaben	KV/PV werden paritätische Bürgerversicherung	Entwicklung und bessere Kooperation der Bildungsangebote/-infrastrukturen, Erweiterung der Bildung auf kulturelles, soziales, politisches, ökologisches Lernen	Höchsterwerbsarbeitszeit von 1.500 Stunden jährlich, Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit, Geschlechtergerechtigkeit	Verringerung der Spaltung von Arm und Reich, alle Tätigkeiten sollen gleich anerkannt sein, ökologische Ausrichtung der Wirtschaft und des Steuersystems	Gegenleistungsverpflichtung: zwischen 18 und 64 Jahren (nicht AsylbewerberInnen/ Kranke) einfache Nachweise von 500 Std. Tätigkeiten jährlich (Erwerbs-/ Familienarbeit, Bildung, bürgerschaftliches Engagement); wenn keine Gegenleistung erfolgt, dann Bildung, Beratung, Beschäftigung

Modelle für ein partielles Grundeinkommen (PGE) II

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Grüne Grundsicherung SD Manuel Emmeler/Thomas Poreski 2006/08	alle, die dauerhaft legalen Aufenthaltsstatus in D haben und mindestens 5 Jahre in D leben	500 Euro ab 18 J., 400 Euro bis 18 J. (nur wenn Besuch von Kindergarten ab 3. Lebensjahr bzw. Schule), kostenfreie KV/ PV, wenn außer PGE kein Einkommen Ableitung von Finanzierbarkeit, bei Kindern vom Bedarf	327 Mrd. Euro 25% flat tax – neue ESt	Finanzamt, keine weiteren Angaben	bei Bedarf (auf Antrag) bis zu bestimmter Einkommensgrenze Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (schrittweise Abschmelzung), Sonderbedarfe für bestimmte Personengruppen (z. B. Menschen mit Behinderung)	ersetzt Kindergeld/Erziehungsgeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende	RV und KV/ PV werden durch 25% flat tax und AG-Beiträge finanziert, schrittweise Integration des GE in Rente (Sockel, ansteigend auf 700 Euro)	ausbauen; Neuorientierung der Bildungsangebote für junge Menschen (individuelle Förderung)	ML	keine Angaben	sehr geringe Umverteilung von oben nach unten
Solidarisches Bürgergeld NES Dieter Althaus 2010	alle, die eine Daueraufenthaltsgenehmigung für D haben	400 Euro, plus 200 Euro Gesundheitsprämie für KV/PV auf Basis der EVS-Statistikmethode (wie für Regelleistungen der Grundsicherungen)	306 Mrd. Euro (als SD gerechnet) Erhöhung der MwSt von 7% auf 19% z. B. für Bücher, Zeitungen, Kultur, ÖPNV (außer Lebensmittel und alkoholfreie Getränke), Aufhebung von MwSt-Befreiungen, 40% flat tax – neue ESt	Finanzamt, keine weiteren Angaben	bei Bedarf Kosten der Unterkunft und Heizung (regional pauschaliert), Hilfe zum Lebensunterhalt/Sozialhilfe u. a.	ersetzt Beamtenpensionen u. ä., Grundsicherungen für Arbeitssuchende und im Alter, Kindergeld, Elterngeld (dies nicht mehr steuerfinanziert)	bisherige ALV, RV, KV/PV abgeschafft; ALV, Lohnersatzleistung Elterngeld, Zusatz- u. Elternrente finanziert durch 18% Lohnsummenabgabe der Arbeitgeber, KV/PV ESt finanziert (flat tax)	bleiben erhalten, durch Effizienzgewinne Ausbau möglich	wenn Missbrauch durch Arbeitgeber (Zahlung von Niedriglöhnen) dann ML	keine Angaben	Entlastung der oberen Einkommen, je höher das Einkommen desto größer die steuerliche Entlastung bzw. desto größer die Einkommenszuwächse

Modelle für ein partielles Grundeinkommen (PGE) III

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung ³	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichti- gung von Son- derbedarfen	andere steu- erfinanzierte Sozialtrans- fers ⁴	Sozialver- sicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukt- uren/Dienst- leistungen ⁶	Arbeitsmarkt- politik ⁷	weitere gesell- schaftspoli- tische Ansätze	Bemerkungen
SD <i>Michael Ebner/ Johannes Po- nader</i> (Mitglieder der Sozialpiraten/ Piratenpartei D) 2012 (Version 1.2, Einführungs- schritt)	alle in D dauer- haft Lebenden	490 Euro (2009) ab 18 J., 483 Euro bis 18 J., kosten- freie KV/PV, wenn außer PGE keine Einkommen 75% des derzei- tigen steuerlichen Existenzminimums ab 18 J., für Kin- der und Jugend- liche 150 % deren Existenzminimums (EVS-Statistik- methode)	370 Milliarden Euro 45% flat tax – neue ESt, nicht sozialver- sicherungspflichtiges Einkommen: zusätz- liche Besteuerung (Solidarzuschlag) von 5%, Erhöhung der MwSt von 19% auf 20%	keine Angaben	bei Bedarf ein Wohngeld an Bedarfsgemein- schaft (dabei Orientierung am örtlichen Miet- niveau, nicht an tatsächlichen Wohnkosten, durchschnittlich: 320 Euro für Alleinstehen- de/n, 480 Euro 2-Personen- haushalt), ei- genes Einkom- men zu 33% auf Wohngeld ange- rechnet, Teile der Sozialhilfe bleiben erhalten	ersetzt Kinder- geld, Grund- sicherung für Arbeitsuchen- de, BAföG, Erziehungs- und Eltern- geld. Familien- zuschläge und Beihilfen für Beamte wer- den gekürzt.	RV/ALV bleiben in bestehender Form erhalten, KV über Staats- haushalt steuer- finanziert	keine Anga- ben. Im Par- teiprogramm wird die ge- bührenfreie Bildung gefor- dert. Außer- dem fordern einige Landes- programme/ Positionsspa- piere einen fahrtscheinlo- sen ÖPNV, den Ausbau der Freifunk- netze und öf- fentliches WLAN flächen- deckend.	keine Angaben		

Modelle für Grund- oder Mindestsicherungen I

Name Form	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen (steuerfinanziert)	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Hartz IV (SGB II, Grundsicherung für Arbeitsuchende), Sozialhilfe = SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, FDP 2004/2017	alle Bedürftigen (außer AsylbewerberInnen, AusländerInnen und Studierende nur in besonderen Fällen), Bedarfsgemeinschafts- bzw. Einsatzgemeinschaftsprinzip	alleinstehende/r Erwachsene/r 409 plus angemessene KdU (ca. 342 Euro Durchschnitt bei Alleinstehenden) plus KV/PV-Beiträge (bei Hartz IV 114 Euro, vom Amt gezahlt), Kinder in Bedarfsgemeinschaft: unter 6 J.: 237 Euro, unter 14 J.: 291, unter 18 J.: 306, unter 25 J.: 311 Euro Berechnung auf Basis der EVS-Statistikmethode	50 Mrd. Euro allgemeine Steuern	Bund, Kommunen (allgemeines Steueraufkommen), Jobcenter, Sozial- und Grundsicherungsamt	Bei Hartz IV: Schwangerschaft, kostenaufwändiger Ernährung, für Alleinerziehende Bei Sozialhilfe: Hilfen zur Gesundheit und zur Pflege, Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	Abschaffung der Arbeitslosenhilfe (dafür Hartz IV), ansonsten wie heute bestehend	wie heute bestehend	wie heute bestehend, Ausbau Kindertagesstätten	Ausbau Niedriglohn-/Leiharbeitssektor und prekäre Beschäftigung		Sanktionen bzw. Leistungskürzungen bei Hartz IV bis auf Null möglich (Gutscheine möglich); These: Bedarfs-/Einsatzgemeinschaftskonstruktion, Sanktionen und Höhe Regelleistung verfassungswidrig; Ausweitung des steuerlich subventionierten Niedriglohnssektors, Zunahme Konzessionsbereitschaft
Bürgergeld NES Joachim Mitschke 2004	alle, die seit mind. 2 Jahren ihren festen und ununterbrochenen Wohnsitz in D haben, diesen beibehalten und sich dauerhaft in D aufhalten werden, für AsylbewerberInnen Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz.	375 Euro ab 18 J., Gesamtbedarf Ehe-Transfereinheit 625 Euro plus regional pauschal Wohnbedarf (kalt, netto) plus 15% der Kaltmiete für Heizung u. a. Betriebskosten; 250 Euro unter 12 J. (350 Euro für Kinder Alleinerziehender), 350 Euro unter 18 J. soll keine Höhe haben, bei der es sich "auf Dauer bequem einrichten lässt"	keine Angaben (haushaltsneutral) neugeordnete Einkommensteuer (erfasst wird Einkommen für Konsum, nicht das Einkommen, das zur Sicherung des Erwerbseinkommens ausgegeben wird)	Bund Einkommensteuer, Finanzamt	zum Bürgergeldanspruch gehörig, z. B. für Menschen mit Behinderung, bei Pflege, Heimaufenthalt, außergewöhnlichen Belastungen	alle durch Bürgergeldanspruch ersetzt	wie heute, ohne steuerfinanzierte Mindestsicherungselemente	Bürgergeld ersetzt Objektsubventionen im sozialen Wohnungsbau, in der Jugendhilfe, dem ÖPNV und im Kommunalbereich	ML abgelehnt, Ausweitung des Niedriglohnsektors (Kombilohn), Höhe "anreizstiftend" für den Arbeitsmarkt	"Steuer- und Sozialsysteme aus einem Guß"	Sanktionen bei Ablehnung zumutbarer Erwerbsarbeit, zusammenlebende EhepartnerInnen/Alleinerziehende mit Kindern bilden Transfereinheit (Gesamtbedarf, kein individueller Anspruch)

Modelle für Grund- oder Mindestsicherungen II

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung	institutionelle Ausformung, Verwaltung	Berücksichtigung von Sonderbedarfen	andere steuerfinanzierte Sozialtransfers ⁴	Sozialversicherungen ⁵	öffentliche Infrastrukturen/ Dienstleistungen ⁶	Arbeitsmarktpolitik ⁷	weitere gesellschaftspolitische Ansätze	Bemerkungen
Grundsicherung Michael Opielka 2005	für Bedürftige ab 18 J., die keine Mindestbeitragszeiten in der Bürgerversicherung haben oder keine Erwerbsarbeitsangebote annehmen	640 Euro ab 18 J., für Erwerbsfähige, als Darlehen zur Hälfte zurückzuzahlen, also faktisch 320 Euro, plus kostenfreie KV/PV; Einkommensteuerfreibetrag keine Angaben	keine Angaben im Rahmen der Bürgerversicherung finanziert	im Rahmen der von BürgerInnen selbstverwalteten Bürgerversicherung	ergänzende Leistungen in besonderen Lebenslagen	ersetzt alle Grundsicherungen, Wohngeld bleibt erhalten, Kinder-/Erziehungsgeld und BAföG in Bürgerversicherung integriert	KV/PV, RV werden in <i>nicht</i> paritätisch finanzierte Bürgerversicherungen umgewandelt, außer ALV (AG-Anteil als Wertschöpfungs- oder Lohnsummenabgabe)	Ausbau der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, Einführung von Vorschul- und Kindergartenpflicht	keine Angaben	keine Angabe	individuell bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung im Rahmen der Bürgerversicherung
Mindestsicherung/ Kindergrundsicherung/Mindestrente DIE LINKE Wahlprogramm 2017	Bedürftige, auch AsylbewerberInnen	1.050 Euro ab 18 J. plus 136 Euro KV/PV und 282 Euro RV (von Amt gezahlt) Armutrisikogrenze Warenkorb	keine Angaben	keine Angaben	tlw. wie jetzt, aber z. B. für Menschen mit Behinderung einkommens- und vermögensunabhängige Leistungen	AsylbewerberInnenleistungen abschaffen, 573 Euro (versteuerte) Kindergrundsicherung (fasst Geldleistungen für Kinder zusammen), inkl. Kindergeld 328 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, 1.050 Euro elternunabhängiges BAföG (rückzahlungsfrei), 1.050 Euro bedürftigkeitsgeprüfte Mindestrente im Rahmen der Rentenversicherung	Umwandlung von KV/PV zur paritätisch finanzierten Bürgerversicherung, RV zur paritätisch finanzierten Erwerbstätigenversicherung, verbesserte Arbeitslosengeldregelungen	Ausbau und Demokratisierung; gebührenfreie Kitas und Kultur- und Freizeitangebote für Kinder/Jugendliche, ÖPNV zum Nulltarif usw.	gesetzlicher ML (12 Euro), AZV, Subbatical, freiwilliger Zugang zu öffentlich geförderter Beschäftigung	Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Aneignung der Produktionsmittel, Geschlechtergerechtigkeit	individuell bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherung ohne Zwang oder Pflicht zur Arbeit oder zu Gegenleistungen

Modelle für Grund- oder Mindestsicherungen III

Name Form Autor Jahr	Personenkreis	Monatsbetrag ¹ Ableitung der Höhe	Finanzbedarf ² Finanzierung	institutionelle Aus- formung; Verwaltung	Berücksich- tigung von Sonder- bedarfen (steuerfian- ziert)	andere steuer- finanzierte Sozialtrans-fers ⁴	Sozialver- sicherungen ⁵	öffentliche In- frastrukturen/ Dienstleis- tungen ⁶	Arbeits- marktpolitik ⁷	weitere ge- sellschafts- politische Ansätze	Bemerkungen
Grundsicherung/ Kindergrundsiche- rung/Garantierente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Wahlprogramm 2017	Bedürftige, auch AsylbewerberIn- nen	keine Angaben (Erhö- hung der Regelsätze) Berechnung auf Basis der EVS-Statistik- methode	keine Angaben	keine Angaben	wie jetzt	Asylbewerber- leistungen ab- schaffen, einkom- mensabhängiger Kinder-Bonus und einkommensun- abhängige Kin- dergrundsiche- rung (ersetzt Kindergeld und Kinderfreibeträ- ge), Studieren- denzuschuss für alle und eltern- abhängiger Be- darfszuschuss, steuerfinan- zierte, nicht be- dürftigkeitsge- prüfte Garantie- rente in Renten- versicherung oberhalb Höhe Grundsicherung	KV/PV und RV zur paritätisch finanzierten Bürgerversiche- rung umgewan-delt	Ausbau	Erhöhung ML, branchenspezi- fische Lohnun- tergrenzen oberhalb ML, flexible Vollzeit		individuell bedürf- tigkeitsgeprüfte Grundsicherung ohne Zwang oder Pflicht zur Arbeit oder zu Gegen- leistungen
Liberales Bürgergeld NES FDP 2009	Bedürftige (bei Berechnung des Anspruchs auf Bürgergeld gilt das Bedarfsge- meinschafts- prinzip)	662 Euro ab18 J., keine Angaben bis 18 J., Studium: vollstän- dig zurückzuzahlende Darlehen bzw. Kredite Berechnung auf Basis der EVS-Statistik- methode	keine Angaben	Finanzamt, keine weite- ren Angaben	in besonde- ren Lebens- lagen wie jetzt in So- zialhilfe, Zu- schläge bei hohen Wohnkosten, zusätzliche Pauschalen für Men- schen mit Behinderung, in Ausbil- dung und bei Nichterwerbs- fähigkeit	ersetzt alle Grundsiche- rungen, Kinder- zuschlag und Wohngeld	KV/PV als kapi- talgedecktes Prämiensys- tem, Alterssi- cherung stärker in Richtung private Kapital- deckung ent- wickeln	soziale Dienst- leistungen kommerzia- lisieren und privatisieren, Studiengebüh- ren einführen	ML und AZV abgelehnt, Ausweitung des Niedrig- lohnsektors (Kombilohn)		Voraussetzung: Arbeitsbereitschaft, bei Ablehnung zu- mutbarer Arbeit Kürzung des Bür- gergeldes, "BGE ist komplett leistungs- feindlich."

Zur Definition des Grundeinkommens

Ein *Grundeinkommen* ist ein Einkommen, das jedem Menschen bedingungslos monatlich gewährt wird – „von der Wiege bis zur Bahre“.

Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.

Anmerkungen

- 1 Der Monatsbetrag enthält keine Beiträge zur KV/PV.
- 2 Der Finanzbedarf berücksichtigt bei Grundeinkommen die Einsparungen durch die ersetzten rein steuerfinanzierten Sozialtransfers; jedoch nicht die Kosten für KV/PV.
- 3 Die angegebenen Steuerbeträge zur Finanzierung des Grundeinkommens (bzw. weiterer öffentlicher Ausgaben) sind Bruttoangaben. Die Nettosteuern sind geringer, da das Grundeinkommen als Steuergutschrift bzw. Steuerfreibetrag den tatsächlichen Steuerbetrag minimiert.
- 4 ersetzte, modifizierte oder neue steuerfinanzierte Sozialtransfers, die zusätzlich zum BGE oder PGE gezahlt werden sollen.
- 5 Sozialversicherungen (ALV, KV; PV, RV), die zusätzlich zum BGE, PGE bzw. zur Grund-/Mindestsicherung bestehen bleiben sollen.
- 6 Aussagen darüber, was nach Einführung des BGE, PGE oder der Grund-/Mindestsicherung mit öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales, öffentlicher Verkehr etc. geschehen soll.
- 7 Aussagen darüber, ob und welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Konzept vorgesehen sind, z. B. ML oder AZV.

Grundsätzlich gilt bei Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Renten: Durch Beiträge erworbene Ansprüche müssen immer bedient werden (Bestandsschutz).

Abkürzungen

ALV	Arbeitslosenversicherung
AZV	gesetzliche oder tariflich ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft
BAG-SHI	Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen
BGE	bedingungsloses Grundeinkommen (existenz- und teilhabesichernd)
BSHG	ehemaliges Bundessozialhilfegesetz
D	Deutschland
EnergieSt	Energiesteuer
ErbSt	Erbschaftsteuer
ESt	Einkommensteuer
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FtSt	Finanztransaktionsteuer
KapSt	Kapitalertragsteuer
KdU	Kosten der Unterkunft und Heizung
KV	Krankenversicherung
ML	gesetzlicher Mindestlohn oder andere Form des Mindestlohns
MwSt	Mehrwertsteuer
NES	Negative Einkommensteuer
PGE	partielles Grundeinkommen (nicht existenz- und teilhabesichernd)
PV	Pflegeversicherung
RV	Rentenversicherung
SD	Sozialdividende
SOEP	Sozio-ökonomisches Panel
USt	Umsatzsteuer
UV	Unfallversicherung
VSt	Vermögensteuer

Quellen für die Angabe zu den Modellen

Existenzgeld, Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen: http://www.grundeinkommen.info/fileadmin/Text-Depot/Vortrag_Wolfram_Otto_Workshop_3_Existenzgeld_f_r_alle.pdf, und BAG SHI: Unsere Positionen zu Regelsatz und Existenzgeld, 2007, in: Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiative (Hrsg.), Existenzgeld reloaded, Neu-Ulm 2008, S. 31-35 sowie Otto, Wolfram, Erläuterungen zum Finanzierungsplan des Existenzgeldes, in: Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen a. a. O., S. 41-46

Grundeinkommen, Robert Carls: <http://www.archiv-grundeinkommen.de/carls/20170717-Finanzierung-Grundeinkommen-Carls.pdf>

Grundeinkommen, Matthias Dilthey: <http://www.iovialis.org/download/Dilthey-Modell.pdf>, http://www.archiv-grundeinkommen.de/dilthey/Der-emanzipatorische-Sozialstaat_V_0.1.3.pdf

Emanzipatorisches Grundeinkommen, BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE: <https://www.die-linke-grundeinkommen.de/nc/konzept/>

Solidarisches Grundeinkommen, Johannes Israel/Frank Mai (Piratenpartei): <https://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/05/15/solidarisches-grundeinkommen-sge/>

Solidarisches Grundeinkommen, SPD Kreis Rhein-Erft: <http://www.rhein-erft-spd.de/meldungen/14275/85379/Modell-fuer-ein-Solidarisches-Grundeinkommen-ausgearbeitet.html>

Grundeinkommen, Attac, AG Genug für alle: http://www.grundeinkommen-attac.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Genug_fuer_Alle/Grundeinkommen/flyer%20qfa%20GE2012druck.pdf

Grundeinkommen, Götz Werner u.a.: z. B. Werner, Götz W./Goehler, Adrienne, 1.000 Euro für jeden. Freiheit. Gleichheit. Grundeinkommen, Berlin 2010; Götz Werner u.a.; Sonst knallt´s!: Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen, Köln 2017

Grünes Grundeinkommen, Grüne Jugend: Grüne Jugend, Das Grüne Grundeinkommen. Beschluss auf dem 30. Bundeskongress in Bonn, Mai 2008; Grüne Jugend: Für ein Bedingungsloses Grundeinkommen – sozial und ökologisch, lokal wie global. Beschluss auf dem 38. Bundeskongress in Dortmund, April 2012

Grundeinkommen, Deutscher Bundesjugendring: https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Positionen/2004/2004_DBJR-Position_32_Eckpunkt_Arbeit_Soziales.pdf, https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Positionen/2005/2005_DBJR-Position_38_Armut-Reichtumsbericht.pdf

Grundeinkommen, Bundesjugendwerk der AWO: <http://www.archiv-grundeinkommen.de/awo/201205-Wohlstand-Baby-51.pdf>

Grundeinkommen: Naturfreundejugend: http://www.naturfreundejugend.de/positionen/-/show/843/Gute_Gruende_fuer_ein_Grundeinkommen/

Transfergrenzenmodell – Ulmer Modell: Fischer, Ute/Pelzer, Helmut, Die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens über das Transfergrenzen-Modell. Möglichkeiten einer Einbeziehung einer Konsumsteuer, in: Werner, Götz W./Presse, André: Grundeinkommen und Konsumsteuer. Karlsruhe 2007, S. 154-172; <http://www.archiv-grundeinkommen.de/pelzer/Transfergrenzen-Modell-Abstract-V-1.pdf>

Grundeinkommen, Thomas Straubhaar: ders., Radikal gerecht. Wie das Bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat revolutioniert, Hamburg 2017

Garantiertes Grundeinkommen, KAB Deutschlands: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e. V., Leben und Arbeiten in Europa. Soziale Gerechtigkeit jetzt. Beschluss zum 13. Bundesverbandstag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V., Erfurt, Oktober 2007, https://www.kab.de/fileadmin/user_upload/kab_de/Downloads_pdf/Beschluss_Grundeinkommen.pdf, Weiterentwicklung des KAB-Grundeinkommensbeschlusses auf der Basis der Beschlusslage des Bundesausschusses zur „Vereinheitlichung der Berechnungsgrundlage des Existenzminimums“ vom 23./24.10.2010

Bund der Deutschen Katholischen Jugend: http://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bilder/pdfs/Jugendpolitik/Broschuere_Solidaritaet.pdf, Bund der Deutschen Katholischen Jugend: 500 Stunden für Teilhabegerechtigkeit + Höhe des Grundeinkommens. Argumentationshilfe »Solidarität – Chance für die Zukunft«, 2007

Grüne Grundsicherung, Manuel Emmler/Thomas Poreski: <http://www.grundsicherung.org/>

Solidarisches Bürgergeld, Dieter Althaus, <http://www.solidarisches-buergergeld.de/>

Michael Ebner/Johannes Ponader (Piratenpartei): <https://sozialpiraten.piratenpartei.de/2012/06/08/als-vorschlag-zur-diskussion-sozialstaat-3-0-version-1-2/>

Hartz IV u. a., Webseiten zu Hartz IV u.a.

Bürgergeld, Joachim Mitschke: ders., Erneuerung des deutschen Einkommensteuerrechts, Köln 2004

Grundsicherung, Michael Opielka: ders., Die Idee einer Grundeinkommensversicherung. Analytische und politische Erträge eines erweiterten Konzepts der Bürgerversicherung, in: Strengmann-Kuhn, Wolfgang: Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005, S. 99-139

Mindestsicherung DIE LINKE: Bundestagswahlprogramm 2017, https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf

Grundsicherung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bundestagswahlprogramm 2017; https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf

Liberales Bürgergeld, FDP: FDP, Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht. Beschluss auf dem 56. Ordentlichen Bundesparteitag, Köln 5.-7. Mai 2005, FDP, Die gerechte Steuer. Einfach, niedrig und sozial. Das Nettokzept der FDP. Beschluss auf dem 59. Ordentlichen Bundesparteitag, München 31. Mai - 1. Juni 2008, FDP, Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009

Verweis: Weitergehende, bezüglich einiger Konzepte nicht mehr ganz aktuelle Beschreibungen der hier kurz erläuterten Modelle finden sich bei Ronald Blaschke, https://www.grundeinkommen.de/content/uploads/2013/01/2012-ansaezte_und_modelle_gs_und_ge_blaschke.pdf

Bemerkung zur Grenze zwischen BGE und PGE

Die Grenze zwischen BGE und PGE wurde hier auf der Höhe von **ca. 1.000 bis 1.100 Euro** (Monat, netto, ohne Beiträge zur KV/PV) für einen erwachsene/n Alleinstehende/n gezogen.

Die Erklärung dazu findet sich unter <https://www.grundeinkommen.de/27/01/2017/wie-hoch-muss-ein-grundeinkommen-sein-oder-das-regelsatzdesaster.html>

Berücksichtigt wurde bei der Zuordnung der Modelle, dass einige der in der Tabelle festgehaltenen Transferhöhen bereits vor mehreren Jahren von den jeweiligen Autor/inn/en ermittelt und beschlossen worden sind, also mit Blick auf das Jahr 2017 anzupassen sind.